

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 18 (1926)
Heft: 4

Rubrik: Notizen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sischen Räten das Notenprivilegium erneuert. Damit ist die Nationalbank für eine weitere zehnjährige Periode (bis zum 20. Juni 1937) das einzige Bankinstitut, das zur Notenausgabe berechtigt ist.

Die Zahl der Bankplätze hat sich von 298 auf 302, diejenige der Nebenplätze von 149 auf 156 erhöht. Die Frage nach einer Reorganisation des Direktoriums wurde nach erfolgter Prüfung abgelehnt. Die Mitglieder des Direktoriums, ihre Stellvertreter und die Mitglieder der Lokaldirektionen wurden gemäss den Vorschlägen der Bankbehörden vom Bundesrat für eine neue sechsjährige Amtsperiode (bis 30. Juni 1931) bestätigt. Das Präsidium des Direktoriums wurde Dr. G. Bachmann übertragen.

Die Zahl der Angestellten belief sich Ende 1925 auf 357 gegenüber 359 am Schlusse des Vorjahres. Im Berichtsjahre wurde die Frage geprüft, ob durch eine Reduktion der Beiträge der Bank an die Pensionskasse eine Reduktion der Verwaltungskosten herbeigeführt werden könne. Es ergab sich, dass eine Ermässigung der jährlichen Beitragsleistung von 8 auf 7 Prozent der Gehaltssumme der Versicherten verantwortet werden kann, falls das Deckungskapital um 500,000 Fr. erhöht wird. Daraus ergab sich eine Ermässigung der jährlichen Beitragsleistung von 41,000 bis 50,000 Fr. Mit Rücksicht darauf hat die Nationalbank den Betrag von 500,000 Fr. als Zuweisung an die Pensionskasse in Rechnung gestellt.

Anschliessend an eine Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird über die verschiedenen Geschäftszweige Bericht erstattet. Der Notenumlauf hat sich im Berichtsjahre von 913,911,950 Fr. auf 875,789,885 Franken, also um 38,122,065 Fr. vermindert. Der Kassenbestand weist einen Ueberschuss der Auszahlungen im Betrage von 26,482,582 Fr. auf. Der Kassenumsatz belief sich auf 6,314,580,560 Fr. (gegenüber 5,684,571,312 Fr. im Jahre 1924).



Notizen.

Vom „revolutionären“ Kurs. In grosser Aufmerksamkeit gibt der «Basler Vorwärts» einer aufhorchenden Welt kund und zu wissen: «Der revolutionäre Kurs des Basler Gewerkschaftskartells wird festgehalten! Eine Dreiviertel-Mehrheit der Kommunisten — der sozialdemokratische Einfluss unter der organisierten Arbeiterschaft geht dauernd zurück.»

Mit diesen im Lapidarstil konstatierten Feststellungen hat es nun eine eigene Bewandnis. Ueber den revolutionären Kurs werden wir weiter unten reden. Die Dreiviertelmehrheit der Kommunisten ist jedenfalls dem Umstand zuzuschreiben, dass die Nichtkommunisten schon längst übergenug haben vom üblichen Phrasenschwall und von den sinnlosen Attacken gegen die Reformisten. Sie haben aus diesem Grund die Bestellung des Vorstandes den Kommunisten überlassen, um diesen Gelegenheit zu geben, zu zeigen, wie es unter dem «revolutionären Kurs» besser gemacht wird. Ueber den Rückgang des sozialdemokratischen Einflusses aber werden wohl die vor der Türe stehenden Wahlen unzweideutig Aufschluss geben. Warten wir's also ab.

Was uns interessiert, ist die Berichterstattung über die revolutionäre Tätigkeit des Vorstandes und der Dreiviertel-Mehrheit der Kommunisten im vergangenen Jahr, insbesondere, da die kommunistische Presse nicht eben zurückhaltend ist in der Kritik der «reformistischen» Kartelle und des «reformistischen» Gewerkschaftsbundes. Nehmen wir also den im «Basler Vorwärts» abgedruckten Bericht des Vorstandes des

Basler Kartells, der der Delegiertenversammlung vorlag, etwas unter die Lupe:

Aus dem Saldo der Rechnung des Vorjahres wurden dem Kampffonds 4600 Fr. zugeteilt. Durch Beiträge der Sektionen wurde der Fonds auf 18,000 Fr. erhöht.

Auf Antrag eines kommunistischen Delegierten wurde einer Initiative auf Steuerzuschläge für grosse Vermögen zugestimmt.

Ueber die Verhältnisse auf dem Arbeitersekretariat wurde eine Untersuchung durchgeführt.

Ueber den Zoologischen Garten wurde der Boykott verhängt.

Auf 1. August wurde die Arbeiterschaft zu einer Antikriegsdemonstration aufgefordert (die allerdings mager ausfiel).

Am 12. August wurde eine Protestresolution gegen die Schlachtvieheinfuhrsperrre beschlossen.

Zur Unterstützung der chinesischen Arbeiter wurde der Durchführung einer sportlichen Veranstaltung zugestimmt.

In einer partiellen Statutenrevision wurde die Einführung der Urabstimmung, die Aenderung der Mandatzuteilung und die Einsetzung eines Schiedsgerichts festgelegt.

Am 24. September hielten im Kartell Herr Stocker und Frau Meyer Referate über die Lehrstellenvermittlung.

Am 7. Oktober wurde die Herausgabe eines Flugblattes für die Wahlen ins gewerbliche Schiedsgericht beschlossen.

Es gelangte eine Resolution zur Annahme betreffend Zusammenarbeit der beiden proletarischen Grossratsfraktionen in der Arbeitslosenfrage.

Einige Mieter wurden in einem Rechtsstreit gegen Hauseigentümer mit 200 Fr. unterstützt.

Im Konflikt des Personals des A. C. V. gegen die Verwaltungskommission wurde zugunsten der Angestellten Stellung bezogen.

Weiter wird im Bericht gesagt, dass über den wichtigsten Teil, über Bewegungen, Streiks und Aussparungen erst berichtet werden könne, wenn die Berichte der Sektionen vorliegen.

Was sagt nun dieser Bericht? Dass man zu den aktuellen Fragen in gutscheinender Weise Stellung bezogen und dass man sie so gut wie möglich zu lösen versucht hat. Dagegen wird man vergebens feststellen vermögen, dass dies in revolutionärem Sinne geschehen sei. Wir kritisieren die Arbeit des Basler Kartells durchaus nicht, weil wir wissen, dass es trotz seiner revolutionären Dreiviertel-Mehrheit mit Wasser kochen musste, stellen aber fest, dass sich die «reformistischen» Kartelle in Bern, Olten, Luzern, Winterthur oder St. Gallen mit ihrer Arbeit getrost neben das Basler Kartell mit seinem «revolutionären Kurs» stellen dürfen.

Wenn der «Basler Vorwärts» an anderer Stelle schreibt: «Es ist endlich an der Zeit, die gegenseitigen Gehässigkeiten einzustellen. Die Arbeiter haben sie schon lange satt. Sie verlangen nicht gegenseitigen Kampf, sondern gegenseitige Solidarität», so können wir dem nur beipflichten, um so mehr, als der Bericht des Basler Kartells zeigt, dass man auch dort im Grunde genommen reformistisch eingestellt ist und dass die Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft künstlich aufgerichtete Schranken sind, die der Gesamtbewegung unermesslich schaden.

Fascisten-Unsinn. Nach einem Bericht des «Basler Vorwärts» spektakelt ein U. Sacerdote im «Popolo d'Italia» über die Stellungnahme der Schweizer Gewerkschaften zum Fascismus. Am 3. März habe in der «Volkskammer» in Bern bei Anwesenheit der Spitzen

des Gewerkschaftsbundes unter dem Vorsitz des «Arbeiter Zehnder» eine geheime Sitzung stattgefunden. Es sei ein Verzeichnis der fascistischen Geschäftsinhaber verlesen worden. Dieses Verzeichnis soll an die Vertrauensmänner gegeben werden zum Zwecke, diese Geschäftsleute zu boykottieren. Die italienischen Waren sollen überhaupt boykottiert werden, da sie an der Arbeitslosigkeit in der Schweiz schuld seien. Eine Reise der Arbeiterunion, die nach Venedig geplant war, solle nun nach Nizza gehen.

Zu diesem italienischen Salat des Herrn Sacerdote bemerken wir, dass am 3. März in Bern keine Sitzung der «Spitzen des Gewerkschaftsbundes» stattfand. Es fand an diesem Tage aber eine Sitzung des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes in Olten statt. An dieser Sitzung führte jedoch der «Arbeiter Zehnder» weder den Vorsitz, noch nahm er überhaupt an der Sitzung teil, da er dem Bundeskomitee nicht angehört. Es wurde zudem an dieser Sitzung über den Fascismus kein Wort gesprochen. Demnach konnte auch kein Beschluss gefasst werden.

Der Gewerkschaftsausschuss befasste sich in seiner Sitzung vom 1. Dezember 1925 mit dem Fascismus. Die Resolution, die damals angenommen wurde, ging durch die Depeschagentur in die ganze Presse. Es wurde in ihr unter anderm der Arbeiterschaft mit gutem Grund empfohlen, keine Reisen nach Italien zu unternehmen, solange der fascistische Terror gelte. Den Herren Fascisten kann doch das nur recht sein; jagen sie doch die eigenen Landeskinder, die die fascistischen Methoden nicht loben wollen, zum Lande hinaus und entziehen ihnen sogar das Bürgerrecht.

Wie wir zum Fascismus eingestellt sind, zeigt nun unsere Resolution. Mit dem Herrn Sacerdote oder andern Trabanten des herrschenden Terrorismus, die, wie figura zeigt, bombastisch aufgeputzte Artikel nach Italien senden, werden wir darüber nicht diskutieren. Dagegen müssen wir der «Thurgauer-Zeitung», die sich beeilte, die italienische Regierung der Sympathie der Mehrheit des schweizerischen Bürgertums zu versichern, für dieses Bauchrutschen vor dem ehemals «unliebsamen Ausländer» Mussolini unser Bedauern aussprechen.

Im übrigen harren wir der Dinge, die da kommen werden, mit der grössten Gemütsruhe.

Ein Streit an der Futterkrippe. Bei den Instanzen des Verbandes der evangelischen Arbeiter und Angestellten ist man ausserordentlich erbost darüber, dass einem Gesuche auf Erhöhung der Bundessubvention von den eidgenössischen Räten nicht Folge gegeben wurde. Für diesmal entleert sich die Flut des angesammelten Ingrimm auf Herrn Nationalrat Dr. Hoppeler, der sich gegen das Subventionswesen überhaupt wandte, und dabei erklärte, dass er ein Gesuch des evangelischen Arbeiterverbandes auf Erhöhung der Subvention nicht befürworten könne. «Seine» evangelischen Arbeiter bekämen eine genügende Subvention, die andern Organisationen dagegen zuviel.

In Nummer 5 der «Evangelisch-sozialen Warte» wird Nationalrat Hoppeler nun ganz energisch abgeschüttelt. Es bestehe keinerlei Verbindung zwischen ihm und dem evangelischen Arbeiterverband, der ihn berechtige, von «seinen» evangelischen Arbeitern zu reden. Es wird auch dargelegt, dass die Haltung Hoppelers der evangelischen Bewegung auch bei der Behandlung anderer Fragen schon grossen Schaden zugefügt habe. In diesem Falle verstehen wir nicht, warum die evangelische Volkspartei anlässlich der letzten Nationalratswahlen diesen Schädling nicht ersetzt hat. Sollten am Ende die Arbeiter dort doch nicht so stark vertreten sein, wie immer behauptet wird?

Im Anschluss an die Zurechtweisung Hoppelers werden einige Feststellungen in bezug auf die Subventionierung anderer Arbeiterorganisationen gemacht. Dabei wird — die freien Gewerkschaften haben darauf schon vor etlichen Jahren hingewiesen — die Subvention an den christlich-sozialen Arbeiterbund einer nähern Betrachtung unterzogen. Es wird festgestellt, dass hier ein Konglomerat von wirtschaftlichen und rein konfessionellen Organisationen vorliege. Und es wird in Erwägung gezogen, ob sich nicht durch Bildung eines ähnlichen Konglomerates evangelisch gerichteter Organisationen eine erhöhte Subvention ergattern liesse. Alles im Namen Jesu.



Internationales.

Welt-Wanderungskongress des I. G. B. und der sozialistischen Arbeiter-Internationale. Die Vorbereitungen für den im Mai in London stattfindenden internationalen Wanderungskongress sind im Gange. Das Organisationskomitee hat in einer Sitzung vom 24. Februar die vorbereitenden Massnahmen zu Ende geführt. Ausser den den beiden Internationalen angeschlossenen Landeszentralen wurden die folgenden Arbeiterorganisationen zur Teilnahme am Kongress eingeladen: Argentinien, Australien, Tschechoslowakei (deutsche Abteilung), Estland, Niederländisch Indien, Griechenland, Indien, Finnland, Japan, Island, Mexiko, Irland, Lithauen, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, Vereinigte Staaten und Englisch Guyana.

Das Organisationskomitee hat die Berichterstatter für die verschiedenen von dem Kongress zu behandelnden Fragen bestimmt. Demnach werden *Jouhaux*, *Cramp* und ein *deutscher* Berichterstatter die folgenden Fragen behandeln: Regelung des Wanderungswesens unter spezieller Berücksichtigung der Einschränkungs politik, Methoden der Anwerbung der Arbeitskräfte, Assimilierung, Emigrantenschutz, Organisierung der Einwanderer, Wohnungs- und Unterkunftsfrage. *De Brouckère* wird Bericht erstatten über die gleiche Behandlung der Auswanderer auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung der verschiedenen Länder, *Mertens* über die Stellung der Arbeiterorganisationen zur Wanderungsfrage, und *J. W. Brown* über die wirtschaftliche Seite der Wanderungsfrage. Das grundlegende Material wird den Teilnehmern des Kongresses in einem vom I. G. B. verfassten Bericht zugestellt. Die Leitung des Wanderungskongresses wurde dem Präsidenten des britischen Eisenbahnverbandes, J. H. Thomas, übertragen.

Internationaler Metallarbeiterbund. Der Internationale Metallarbeiterbund umfasste Ende 1923 insgesamt 26 Verbände mit 1,869,165 Mitgliedern; davon waren 1,697,888 männliche Mitglieder und 171,277 weibliche Mitglieder. Der grösste angeschlossene Verband ist der deutsche Metallarbeiterverband mit 1,291,761 Mitgliedern; es folgen der österreichische Metallarbeiterverband mit 142,144, der belgische Metallarbeiterverband mit 113,831, der deutsche Verband der Heizer und Maschinisten mit 64,995 und der schwedische Metallindustriearbeiterverband mit 55,331 Mitgliedern. Die Gesamtmitgliederzahl verteilt sich auf 2302 Ortsgruppen. Eine Reihe von Verbänden hat keine Angaben geliefert.

Die angeschlossenen Verbände haben, soweit über Bericht erstattet wurde, pro 1923 insgesamt 1243 Streiks und Aussperrungen geführt, an denen 250,273 Verbandsmitglieder beteiligt waren. Von den Streiks und Aussperrungen haben 392 einen vollen Erfolg, 518 einen Teilerfolg und 99 keinen Erfolg zu verzeichnen